

Bericht über die Entwicklung in POLEN

März 1962

I. <u>Politische Ereignisse</u>	Seite:	1
1) Eigener Weg der Jugend		1
2) Parteiagitatoren kommen zu spät		4
3) Parteikontrolle - demokratischer!		5
4) Vatikan und Polen		6
5) CYRANKIEWICZ fordert Anerkennung		7
II. <u>Wirtschaft</u>		9
1) Wirtschaftliche Zusammenarbeit Polen-CSSR		9
2) Entwicklung des Außenhandels zwischen Polen und der SU		11
III. <u>Soziale und andere Probleme</u>		13
1) Unkorrekte Verwaltungsarbeit		13
2) Korrupte Verwaltung		14
3) Aktivierung der Arbeiterselbstverwaltung		15
4) Intensivierung der geologischen Forschungen		16

- - - - -

I. Politische Ereignisse

1) Eigener Weg der Jugend

Unter STALIN galt es als eine Häresie, vom "eigenen, nationalen Weg zum Sozialismus" zu sprechen. Viele führende Kommunisten in den Satellitenländern wurden wegen solch ketzerischer Ansichten politisch entmachtet und verfolgt. Auch GOMULKA gehörte zu ihnen. Als er wieder an die Macht kam, gehörte diese These zum Bestandteil der Parteilinie. GOMULKA sprach oft von einem "getrennten Marsch" zu einem gemeinsamen Ziel. Auf dem Weg zum Sozialismus müssten die "Nationalen Besonderheiten" - Volkscharakter, Geschichte, wirtschaftliche Verhältnisse usw. berücksichtigt werden.

Dies wird heute als selbstverständlich betrachtet. Man geht sogar noch weiter und billigt nicht nur einzelnen Völkern, sondern auch verschiedenen Generationen innerhalb dieser Völker das Recht auf den "eigenen Weg" zu. Ganz deutlich formulierte das einer der führenden Ideologen der PZPR, das Politbüromitglied Roman ZAMBROWSKI.

Im März 1962 beging man den 40. Gründungstag des Kommunistischen Verbandes der Polnischen Jugend (KZMP). Dieses Anhängsel der Kommunistischen Partei Polens (KPP) existiert längst nicht mehr. Aber in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, insbesondere unter der PIISUDSKI-Diktatur, bildeten seine Mitglieder eine straffe und sehr aktive, wenn auch nicht zahlenmäßig starke Organisation, die im Untergrund arbeitete. Viele der heute führenden Parteifunktionäre standen damals in ihren Reihen. Für die jetzige, politisch organisierte Jugend in Polen soll KZMP nach dem Wunsch der Partei ein leuchtendes Beispiel sein.

Die Kontinuität der kommunistischen Jugendorganisationen wurde oft unterbrochen. Während der sowjetische Komsomol auf eine ununterbrochene 44-jährige Vergangenheit zurückblicken kann, reichen die Traditionen des heutigen Verbandes der Sozialistischen Jugend (ZMS) kaum über 5 Jahre. Vorgänger von ZMS war der Verband der Polnischen Jugend (ZMP), der knapp 8 Jahre existierte. Vor ihm gab es noch einen "Kampfverband der Jugend" (ZWM), dessen Lebensdauer kaum 6 Jahre ausreichte und noch früher den schon erwähnten KZMP.

ZAMBROWSKI war Hauptredner während einer Jubiläumsfeier. Dort wandte er sich mit jenen bemerkenswerten Worten an seine jungen Zuhörer:

"Jede neue Generation begegnet dem Sozialismus auf ihre eigene Weise, auf ihren eigenen Wegen. Es ist nicht wahr, daß diese Begegnungen schwieriger oder leichter, besser oder schlechter, mehr oder weniger

weßtvoll sind. Sie sind einfach unvergleichbar, so unvergleichbar wie die heutige Jugend mit der aus der Zeit vor 40 oder 20 Jahren ist."

Die Worte ZAMBROWSKI's bedeuten, daß die Parteileitung eingesehen hat, daß man andere Mittel als bisher, elastischere, mehr den Erfordernissen der Zeit angepaßte Mittel verwenden muß, wenn man die Jugend für die Partei gewinnen will. Diese "Begegnungen" zwischen der Partei und der Jugend gestalteten sich in den letzten Jahren nicht gerade leicht und einfach. Schuld daran war in erster Linie die Desillusionierung der jungen Generation, die ihren Höhepunkt erreichte, als die stalinistische Ära, Hauptgrund dieser Desillusionierung, zu Ende ging.

Der Anteil der jungen Menschen in Polen an der Gesamtbevölkerung ist sehr hoch. Fast die Hälfte des Volkes besteht aus jungen Menschen, die unter 25 Jahre alt sind. Volljährigkeit erreicht man in Polen (wie auch in den übrigen kommunistischen Ländern) mit 18 Jahren. Gerade in diesem Jahre wird ein Jahrgang volle Bürgerrechte erlangen, der ausschließlich im Nachkriegspolen aufwuchs. (Als Jahr der Befreiung gilt 1944). Von diesen jungen Menschen sprach ZAMBROWSKI, als er sagte:

"Alles, was an ihnen gut und schlecht ist, formte sich schon in unserem System, sie sind Kinder unserer Zeit. Und wenn sie nicht vollkommen sind, so spielt dabei die Tatsache eine Rolle, daß sie in einer Gesellschaft leben, die noch Brandmale der Vergangenheit und ihrer Konflikte ... trägt. "

Die Gründe, die ZAMBROWSKI anführt sind nicht sehr überzeugend, wenn man bedenkt, daß die sowjetische Jugend, die schon als zweite Generation im kommunistischen System heranwächst viele gemeinsame Eigenschaften mit den Altersgenossen aufweist, abgesehen natürlich von Unterschieden, die aus den nationalen Charakter resultieren.

Wie verhält sich die Masse der polnischen Jugend gegenüber dem System, in dem sie lebt, gegenüber der Partei und ihrer Ideologie? Lehnt sie sich dagegen auf, ist sie rebellisch? Nein, das ist nicht der Fall, und man könnte sagen, daß vom Standpunkt der Partei die tatsächliche Situation noch schlimmer ist. Denn diese Jugend ist einfach gleichgültig,

"Uns ist es zuteilgeworden in einer Zeit zu leben, die wie keine andere Epoche reich an stürmisch verlaufenden sozialen, nationalen, technischen Revolutionen ist. Der menschliche Gedanke bahnt der Menschheit neue, kaum geahnte Wege", sagte ZAMBROWSKI und fuhr fort: "Was bedeutet also in heutiger Zeit die Pose des Apolitizismus, Gleichgültigkeit gegenüber den ideologischen Problemen? Das bedeutet, daß man mit der eigenen Zeit nicht mitkommt, daß man sich freiwillig abseits der Strömung der großen Ereignisse stellt. Soll die Bezeichnung 'moderne Jugend' nicht nur leere Phrase sein, dann müssen wir alles tun, um die ideologischen und politischen Interessen der jungen Generation, ihre gesellschaftliche Aktivität zu fördern."

Ein unpolitischer Bürger ist für die Partei nicht akzeptierbar, auch wenn er anständig und fleissig seine Pflichten erfüllt:

"Es gibt solche, und es gibt deren nicht wenig, die glauben, daß ehrliche Arbeit, ordentliche Bildung, hohe berufliche Qualifikationen das Programm erschöpfen, das wir der Jugend stellen sollen. Diese Tugenden soll man schätzen und pflegen. Die Partei erwartet aber von den Arbeiterorganisationen, daß sie Menschen erziehen, die nicht nur den Ehrgeiz besitzen, ihre beruflichen Pflichten gut zu erfüllen, sondern sich auch für ihren Betrieb, für ihr Dorf, ihre Schule, ihre Gesellschaft mitverantwortlich fühlen, die in gesellschaftlichen Kategorien denken können."

Mit welchen Mitteln die politischen Jugendorganisationen die Gleichgültigkeit der Jugend überwinden und sie zu politisch aktiven Bürgern erziehen sollen, das sagte ZAMBROWSKI nicht. Er erwähnte nur eins der Elemente einer künftigen erzieherischen Arbeit an der Jugend: Die Faszination, die die moderne Technik auf alle jungen Menschen ausübt. Kommende Jahre sollen viel dazu beitragen, den Stand der technischen Entwicklung in Polen zu verbessern. Die Jugend soll daran in erster Linie beteiligt werden.

Das Interesse für moderne Technik ist gewiß eine brauchbare Basis, um in einem technisch noch ziemlich rückständigen Lande die Jugend heranzuziehen. Sie wird aber nicht ausreichen, um die Jugend auch politisch an das System zu binden, um so mehr, da dieser technische Horizont, der in den nächsten Jahren vor der Jugend steht, noch ziemlich eng bleibt:

"Wir wissen", sagte ZAMBROWSKI, "daß unsere Jugend sich nach großer Motorisierung sehnt, daß sie Motorroller, Motorräder und Autos haben möchte. Wir gaben allen Menschen Arbeit und Brot. Autos müssen wir uns erst erarbeiten."

2) Parteiagitatoren kommen zu spät

Ein Parteiredner wird in eine Dorfversammlung geschickt, um über die aktuelle internationale Lage zu sprechen. Er bringt ein vorgedrucktes Referat mit und liest es ab. U.a. wird dort auch die Situation in Algerien behandelt, wo es, wie es im geschriebenen Text des Referates heißt, möglicherweise zu Verhandlungen zwischen Franzosen und FLN kommen wird.

Die Bauern wissen aber längst durch Radio und Fernsehen (denn es gibt auch im Dorfe schon Fernsehapparate), daß die Verhandlungen nicht nur aufgenommen, sondern inzwischen sogar erfolgreich abgeschlossen wurden. Das Referat, offensichtlich vor einigen Wochen geschrieben, ist also nicht mehr aktuell und wirkt unseriös . .

Diese wahre Begebenheit wird vom Zentralorgan der Partei am 27. März zitiert. Es ist eine von vielen. Das Blatt stellt fest, daß die Propaganda und Agitation der Partei mit der modernen Entwicklung der Nachrichtenübertragung einfach nicht Schritt hält. Man arbeitet immer noch so, wie in den "gesegneten" Zeiten, als es auf dem Lande kein Fernsehen, wenig Radio und nur vereinzelt Zeitungen gab. Ein Parteiredner konnte damals getrost mitgebrachte Texte herunterleiern, auch wenn sie schon etwas antiquiert waren. Die Leute, zu denen er sprach, hörten das sowieso zum ersten Male, soweit sie überhaupt zuhörten...

Die Situation hat sich aber während der letzten 15 Jahre in den meisten Dörfern Polens grundlegend verändert. Die Parteizeitung verlangt, daß auch die Parteiredner sich dieser veränderten Situation anpassen müssen. Für solche, die nicht mehr können, als vorgedruckte Texte vorzulesen, werde es in Zukunft keinen Platz mehr geben. An ihre Stelle müßten wirkliche Redner treten, denen auch die neuesten Tatsachen bekannt seien und die sie vernünftig interpretieren könnten.

Das Niveau der Propagandisten und Agitatoren sei auf den unteren Stufen (denn nur diese kommen als Redner vor Dorfversammlungen in Frage) und erschreckend niedrig. Die Ausbildung neuer Redner erfordere nicht wenig Zeit. Bis es so weit sei, könne man keine Parteiredner mehr auf das Land schicken; allerdings sei auch das keine annehmbare Lösung.

Unerwarteterweise zeigt sich hier die unbequeme Kehrseite einer modernen technischen Entwicklung. Auf vielen Gebieten arbeitet der Apparat der Partei anachronistisch. Die moderne Technik wird im Endergebnis auch der Parteiarbeit zugute kommen. Solange sich aber die Partei den Erfordernissen dieser Technik (von der sie sonst so viel spricht) selbst nicht anpaßt, wird sie unangenehme Überraschungen und Erschwerungen ihrer Arbeit hinnehmen müssen.

3) Parteikontrolle - demokratischer!

Auch die Arbeit der Organe der Parteikontrolle soll mehr dem Geiste der Zeit (und der heißt Demokratisierung) entsprechen. So beschloß Ende März in Warschau die Sitzung der Zentralkommission für Parteikontrolle.

Es handelt sich darum, daß obere Kontrollinstanzen oft die Beschlüsse der unteren revidieren. In den meisten Fällen geschieht es, weil die unteren Instanzen der Parteikontrolle und die Grundorganisationen angeblich zu leichtfertig Mitglieder ausschließen. Dabei versäumen es die oberen Instanzen jedoch oft, sich mit den ersten Instanzen zu besprechen und abzustimmen.

Ein zweiter Verstoß gegen die innerparteiliche Demokratie ist die Tatsache, daß die Organe der Kontrollkommission immer öfter von sich aus über den Ausschluß eines Mitgliedes entscheiden, obwohl nach den Bestimmungen des Statuts über diesen Ausschluß prinzipiell die Grundorganisationen entscheiden sollen und nur in Ausnahmefällen die Kontrollorgane.

Diese "Ausnahmefälle" werden von den Kontrollorganen sehr großzügig ausgelegt, denn im vorigen Jahre sind mehr als ein Viertel der Parteiausschlüsse von ihnen entschieden wurden, wobei die Grundorganisationen einfach übergegangen wurden.

Laut Bericht der Zentralen Kontrollkommission wurden im vergangenen Jahre ca. 197.000 Kandidaten in die Partei aufgenommen. Ausgestoßen wurden dagegen ca. 8500, gestrichen von den Parteilisten wurden wiederum über 29.000.

Die Mehrzahl der Ausgeschlossenen (fast 50 %) beging Wirtschaftsdelikte, die meisten Gestrichenen verloren dagegen ihr Parteibuch, weil sie ihre Pflichten vernachlässigt haben.

4) Vatikan und Polen

Die vielgelesene Warschauer Zeitung "Zycie Warszawy" gehört zur sogenannten "parteilosen" Presse, d.h. sie ist kein offizielles Parteiorgan. Gerade darum werden dort oft Stellungnahmen lanciert, für die sich offizielle Parteiorgane nicht engagieren wollen. Dazu gehören nicht selten die Probleme der Beziehungen zwischen Kirche und Partei in Polen.

Am 27. März veröffentlichte "Zycie Warszawy" eine Korrespondenz aus Rom und zitiert darin eine Stimme des Kurienorgans des Kardinals MONTINI "L' Italia". Die zitierte Stelle hat folgenden Wortlaut:

"Polen ist im Augenblick diejenige katholische Zone, aus der die anregendsten Folgerungen zum Thema der Möglichkeit einer Verständigung zwischen katholischer Kirche und kommunistischer Regierung, zum Thema der Grenzen dieser Verständigung kommen."

"Das polnische Experiment ist... Erfahrung aus erster Hand und weist zweifellos allgemeine Verhaltensnormen der Kirche gegenüber einer wirklichen und hypothetischen sozialistischen Gesellschaft auf."

Das kommunistische Blatt bezeichnet diese Formulierungen als eine wahre Revelation, ohne sie jedoch überzubewerten. Nach Ansicht des Warschauer Blattes kann man kaum von einer prinzipiellen Meinungsänderung oder "Tautwetterpolitik" des Vatikans gegenüber dem Kommunismus sprechen. "Zycie Warszawy" meint, die Kirche stehe vor der Alternative, entweder einen "modus vivendi" mit einem System, das fast die Hälfte der Erdkugel umfaßt, zu finden, oder aber sich der Gefahr auszusetzen, von der Entwicklung hinweggespült zu werden.

"In 2000 Jahren haben die Leiter der vatikanischen Politik viel gelernt, vor allem Realismus. Zweifellos gibt es unter den höchsten Würdenträgern der Kirche Männer, die ... als wesentliche politische Aufgabe des II. Vatikanischen Konzils eine Normalisierung... der Beziehungen zwischen dem Apostolischen Stuhl und den sozialistischen Ländern sehen."

Diese realistischere Strömung in der vatikanischen Politik sei aber nur schwach und wenig wirksam, meint "Zycie Warszawy", "weil sie nur von gewissen kirchlichen Würdenträgern getragen wird. Ihrer fortschrittlichen Tendenz widersetzt sich die Hauptströmung der vatikanischen Politik, in der traditionelle, konservative, erzreaktionäre und dogmatische Elemente dominieren."

Die "realistischen" Tendenzen der vatikanischen Politik erscheinen also dem kommunistischen Blatt zwar erwähnenswert, aber nicht stark genug, um sie allzu ernst zu nehmen. "Zycie Warszawy" erwähnt, daß der Artikel der Kurienzeitung aus Anlaß des Besuches von Kardinal WYSZYNSKI in Rom erschien, läßt aber nicht durchblicken, welche Tendenzen der polnische Kardinal selbst nach Meinung der polnischen Führung vertritt.

Andererseits ist aber hinreichend bekannt, daß WYSZYNSKI sich schon unter dem Vorgänger des jetzigen Papstes sehr stark für eine Normalisierung einsetzte und dabei auf ostentative Missbilligung Pius XII. stieß. So ließ ihn der damalige Papst beispielsweise fast drei Wochen in Rom warten, bis er ihm eine Audienz gewährte, eine Tatsache, die damals von der Presse lebhaft kommentiert wurde. Johannes XXIII. empfing wiederum den polnischen Kirchenfürsten mit betonter Herzlichkeit, obwohl der Kardinal seinen damaligen Standpunkt nicht revidiert hat.

5) CYRANKIEWICZ fordert Anerkennung

Das polnische Städtchen Ausschwitz, vor dessen Toren das größte Vernichtungslager in der Geschichte der Menschheit lag, ist in Polen auch deswegen bekannt, weil sich hier das größte chemische Werk des Landes befindet. Am 10. März wurden in diesem Chemie-Kombinat zwei neue große Produktionsabteilungen in Betrieb genommen. Aus diesem Anlaß erschien Ministerpräsident CYRANKIEWICZ und wohnte einer Sitzung der Arbeiterselbstverwaltung bei.

Seit einiger Zeit versucht man, die bis jetzt stark strapazierte Autorität dieser Selbstverwaltung zu heben, und bemüht zu diesem Zwecke die höchsten Würdenträger des Regimes.

Die Ansprache des Premiers galt hauptsächlich den Problemen der internationalen Politik. U.a. befaßte er sich mit dem letzten Interview ADENAUERS für das Pariser Blatt "Le Monde". CYRANKIEWICZ bezieht sich auf die Feststellung des Bundeskanzlers, man hätte viele Male eine gewisse Annäherung mit Polen herbeizuführen versucht, allerdings ohne Erfolg.

"Es steht fest" - sagte CYRANKIEWICZ, "daß ohne die Anerkennung unserer Grenzen an Oder und Neiße jegliche diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik unmöglich sind. Unter solchen Umständen wäre es sogar schwer, dem Gebäude der deutschen Botschaft in Warschau einen wirksamen Schutz zu gewährleisten. Darum werden wir auf eine klare Stellungnahme in dieser Hinsicht warten."

Der polnische Ministerpräsident bekräftigte nochmals, daß jeder Versuch, Polen die Oder-Neiße-Gebiete wegzunehmen, "auch wenn man dabei betonen würde, daß das friedliche Versuche sind", Krieg bedeuten würde.

Eine Anerkennung der Westgrenze als Bedingung für Normalisierung der Beziehungen wurde zum ersten Male etwa vor einen Jahr von polnischer Seite aufgestellt. Es geschah in einer Rede GOMULKAS. Premier CYRANKIEWICZ war damals noch der Meinung, daß diese Koppelung, auf die man in früheren Jahren ausdrücklich verzichtete, unnötig den Weg zu späteren Verhandlungen sperre. Später hat er allerdings auf die Linie des Parteichefs GOMULKA einschwenken müssen. In seiner letzten Rede in Auschwitz wurde dieses Thema nach langer Pause zum ersten Male wieder aufgenommen.

II. Wirtschaft

1) Wirtschaftliche Zusammenarbeit Polen-Tschechoslowakei

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen gestalteten sich die Beziehungen zwischen den beiden westslawischen Völkern nicht sonderlich gut. Der Streit um die Gebiete des Teschener Schlesiens warf zwanzig Jahre lang seinen dunklen Schatten. Trotzdem gab es von beiden Seiten Kräfte, die auf eine Zusammenarbeit hinsteuerten. Sie konnten sich wegen der unversöhnlichen Haltung der Politiker aus dem PILSUDSKI-Lager nicht durchsetzen. Die oppositionellen Parteien in Polen, insbesondere die Sozialisten und Bauernpolitiker, waren immer entschlossen pro-tschechisch, und in der CSR suchten die führenden Politiker dieser beiden Parteien Asyl vor Verfolgungen der PILSUDSKI-Diktatur.

Der Traum dieser Politiker war eine polnisch-tschechoslowakische Föderation. Dieser Gedanke, zwei sehr nahverwandte slawische Völker zu verbinden, wurde besonders stark, als Hitler in Deutschland zur Macht kam. Es kam nicht zu seiner Verwirklichung, und Hitler konnte beide Staaten einzeln vernichten.

Erst während des Krieges kam es zwischen den beiden Exilregierungen in London zu Besprechungen über die Föderation. Bald wurde es aber besonders für die realistischeren Tschechen klar, daß nach dem Kriege in diesem Teileuropas das entscheidende Wort den Sowjets gehören werde und diese niemals in eine polnisch-tschechische Föderation einwilligen würden.

Erst die Auflockerung des Ostblocks nach dem XX. Parteitag eröffnete neue Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit zwischen beiden slawischen Nachbarn. Natürlich hat diese Zusammenarbeit in der veränderten Lage ganz anderen Charakter und beschränkt sich fast ausschließlich auf wirtschaftliche Gebiete.

Die wirtschaftliche Integration des Ostblocks begann später als in Westeuropa, obwohl diese Staaten zum sowjetischen Machtgebiet gehörten und eine gemeinsame Zentrale in Moskau hatten. Aber Stalin behandelte alle Satellitenstaaten wie Kolonien, die alle zwar von Moskau abhingen, aber untereinander keine nähere Beziehungen anknüpfen durften. Bekannt ist die Reaktion des Diktators auf die Versuche DIMITROVs, eine südslawische Föderation im Balkan zu gründen. Bulgarien und Jugoslawien lagen am Rande des

Stalin-Imperiums und konnten mindestens einen Versuch wagen. In Polen und der CSR war nicht einmal ein Versuch möglich.

In den ersten Nachkriegsjahren entwickelte sich der Warenaustausch zwischen beiden Ländern in der schon aus der Vorkriegszeit gewohnten Weise. Die CSR lieferte die so dringend zum wirtschaftlichen Aufbau Polens benötigten Maschinen, Polen dagegen Rohstoffe, hauptsächlich Kohle. Der Umfang dieser Handelsbeziehungen wuchs langsam aber ständig, so daß die CSR bald den dritten Platz im polnischen Außenhandel einnahm.

Seit einigen Jahren wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Nachbarländern stark intensiviert und erweitert. Das geschieht im Rahmen der allgemeinen wirtschaftlichen Integration des Ostblocks, dabei wird aber die Tatsache berücksichtigt, daß beide Länder vielmehr ihnen eigene, gemeinsame Interessen haben.

Der polnische Vize-Premier und Spezialist für die Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Ostblockländer, Piotr JARUSZEWICZ, stellte aus Anlaß des 15. Jahrestages der Unterzeichnung eines Freundschaftspaktes zwischen Polen und der CSR fest, daß sich die engere wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder heute auf zwei Probleme konzentriert, und zwar auf die Erweiterung der Rohstoffproduktion, die von beiden Ländern benötigt wird, und auf die Spezialisierung und Kooperation der industriellen Produktion.

So haben die Tschechen im Jahre 1957 ein Kreditabkommen über den Ausbau der polnischen Schwefelgruben unterzeichnet. Inzwischen werden die sehr reichen polnischen Schwefelvorkommen ausgebeutet, ein Teil davon bekommt die CSR. Im Jahre 1958 gewährten die Tschechen ihrem nördlichen Nachbarn Kredite zum Ausbau neuer Kohlengruben. Die dort geförderte Kohle soll auch zum großen Teil ihnen zukommen. Und endlich im vergangenen Jahre unterzeichnete man ein Abkommen über tschechische Kredithilfe beim Ausbau neuer Kupfererzgruben in Niederschlesien. Sie sollen zwischen 1965-70 in Betrieb genommen werden.

Im Sommer vorigen Jahres besuchte eine polnische Partei- und Regierungsdelegation mit GOMULKA an der Spitze die CSR. In Prag unterzeichnete er

ein Abkommen über die Vereinheitlichung der Traktorenproduktion beider Länder. Polen produzierte nach dem Kriege lange Zeit ein sehr veraltetes wenn auch strapazierfähiges Traktorenmodell. Vor einigen Jahren stellte man diese Produktion ein. Polnische Konstrukteure entwarfen einen neuen, leichteren und durchaus modernen Traktorentyp, der jetzt seit ca. 2 Jahren produziert wird. Obwohl dieser neue polnische Traktor den entsprechenden tschechischen Traktorentypen in nichts nachsteht, wird seine Produktion in wenigen Jahren eingestellt. Polen wird in Zukunft nur die gleichen Traktoren wie die CSSR produzieren, weil die Entwicklung einer eigenen automatischen Fließbandproduktion viel teurer sein würde, als die Herstellung von Traktoren nach der CSSR-Lizenz. Vor einigen Jahren wollte Polen die eigene Produktion von 8 Tonnen-LKW in Gang bringen. Nun wurde ein Übereinkommen mit der CSR erzielt, diesen Wagen gemeinsam zu produzieren, wobei die Tschechen einige Teile liefern werden.

JAROSZEWICZ versichert, daß es nur der Beginn einer weitreichenden Entwicklung sei, beide Länder auf wirtschaftlichem Gebiete zu verbinden. Andere Ziele hätten auch die früheren Föderalisten kaum gehabt.

Der Warenaustausch beider Länder entwickelte sich sehr schnell, seit 1957 haben sich die Umsätze verdoppelt. Bemerkenswert ist, daß Polen nicht mehr der fast ausschließliche Rohstofflieferant ist. Ca. 40 % des polnischen Exports in die CSSR bestanden im vorigen Jahre aus Maschinen.

2) Entwicklung des Außenhandels zwischen Polen und der Sowjetunion

Über 1,1 Milliarden Dollar wird die Höhe der beiderseitigen Außenhandelsumsätze zwischen Polen und der Sowjetunion im Jahre 1962 betragen. Das bedeutet eine Erhöhung um 12 % im Vergleich zum Vorjahre. Seit 1958 hat sich das Volumen des Warenaustausches zwischen den beiden Ländern fast verdoppelt. Es umfaßt mehr als 30 % der Gesamtumsätze des polnischen Außenhandels.

Diese Angaben wurden von der polnischen Presse aus Anlaß der Unterzeichnung eines Handelsprotokolls in Moskau für das Jahr 1962 gemacht. Bei dieser Gelegenheit stellte der polnische Außenhandelsminister TRAMPCZYNSKI fest, daß Polen und nicht mehr wie bisher China im sowjetischen Außenhandel den dritten Platz einnimmt.

Die Struktur der polnischen Ausfuhr in die Sowjetunion ist günstig. Maschinen und industrielle Einrichtungen nehmen in ihm den ersten Platz ein (43 %). An zweiter Stelle stehen Rohstoffe (27%), dann folgen industrielle Gebrauchsgüter (21%). Der Wert der in die SU exportierten polnischen Maschinen wird 225 Millionen Dollar übersteigen.

Mehr als die Hälfte der polnischen Einfuhr aus der Sowjetunion besteht dagegen aus Roh- und Brennstoffen (vor allem Eisenerz und Erdöl). Der Anteil an Maschinen beträgt fast 31 %, an landwirtschaftlichen Erzeugnissen 11 %.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit Polens von der SU geht aus diesen Angaben klar hervor. Große Teile der polnischen Industrie müßten sofort ihre Arbeit einstellen, wenn die sowjetischen Rohstofflieferungen ausblieben. Gleichzeitig ist die SU der wichtigste Abnehmer der Erzeugnisse der polnischen Maschinenindustrie, für die sich sonst nicht so leicht andere Absatzmärkte in der Welt finden würden.

III. Soziale und andere Probleme

1) Unkorrekte Verwaltungsarbeit

Die Verwaltung in Polen arbeitet unkorrekt, das ist eine Tatsache, die oft genug auch offiziell festgestellt wurde. Am 2. März veröffentlichte z.B. die parteiamtliche "Trybuna Ludu" einige Angaben aus dem Bericht der Staatsanwaltschaft in der Wojewodschaft Danzig. Die Organe der Staatsanwaltschaft überprüften 28.820 Vorgänge aus der Arbeit der Volksräte in Stadt- und Landkreisen. Dabei wurden 3.012 Fälle von Verletzung der bestehenden Vorschriften durch die Verwaltung festgestellt.

In den meisten Fällen handelt es sich um Schlampigkeit der Beamten, durch welche die Bevölkerung benachteiligt wird. Seit dem 1. Januar 1961 gelten in Polen neue Vorschriften für die Arbeit der Verwaltungsorgane. Die Hauptsorge des Gesetzgebers war es dabei, die Bevölkerung vor Willkür zu schützen. Die Vorschriften bleiben aber leider in vielen Fällen auf dem Papier. Man entscheidet oft ohne die Interessenten zu hören, man gibt den Parteien nicht Gelegenheit, ihren Standpunkt zu vertreten und zu verteidigen, es kommt dauernd vor, daß wichtige und dringende Anträge in den Schubladen der Amtsstuben monatelang liegen bleiben.

Die Bevölkerung empfindet die Zustände als un erträglich. Die Partei- und Regierungsspitze kämpft seit Jahren um Verbesserung der Verwaltungsarbeit. Nur die Bürokraten selbst sind von dieser Welle der Unzufriedenheit und Empörung völlig unberührt. Ein Reporter des parteiamtlichen "Trybuna Ludu" wandte sich an den Mann, der an der Spitze der Verwaltung in der Wojewodschaft Danzig steht, den Vorsitzenden des Wojewodschafts-Volksrates Piotr STOLAREK. Er fragte ihn, was er zu den zahlreichen Fällen von Verletzung gültiger Vorschriften bei der Verwaltungsarbeit zu sagen hat. Die Antwort war verblüffend. Der Vorsitzende stellte knapp fest, dass Verletzungen der Vorschrift nicht vorkommen weil die Gesetze geachtet werden. Diesen Ausspruch stellte der Reporter als Motto über seinen Artikel, den er am 2. März veröffentlichte.

2) Korrupte Verwaltung

Nicht nur die Schlampigkeit ist das Grundübel der Verwaltungsarbeit. Die Bürokratie in Polen ist von einer noch schlimmeren Krankheit befallen, der Korruption.

Die Umfänge dieser Krankheit können nicht einmal geschätzt werden, weil man nur die Zahl der erwischten Sünder kennt. In Polen ist man jedenfalls der Meinung, daß die Zahl der Korruptionsfälle in der Verwaltung sehr hoch ist.

Man weiß nicht, ob man bei den aufgeklärten und bestraften Fällen von Korruption der Verwaltungsangestellten und Beamten von einem "repräsentativen Querschnitt" sprechen kann. Die Zeitung "Zycie Warszawy" unternahm jedenfalls am 8. und 13. März den Versuch einer Analyse dieser gesellschaftlichen Krankheit aufgrund von Angaben über die entdeckten Korruptionsfälle in Warschau in den vergangenen drei Jahren.

Die Zahl dieser Fälle ist relativ klein und betrug zwischen 190 und 300 Personen pro Jahr. Die meisten korrupten Beamten fand man unter jenen, die in ihrem Dienst mit Vertretern der "privaten Initiative" zu tun haben (30 %). Zweitstärkste Gruppe (16 %) bilden die Beamten, die von ihren Untergebenen im Amt Bestechungsgelder annahmen. Auf diese Weise wollten sich die Untergebenen sichern, daß man sie nicht entläßt, oder sie wollten einen besser bezahlten Posten haben. Je 8 bis 9 entdeckte Korruptionsfälle waren Bestechungen von Steuerzahlern und Wohnungssuchenden.

Die Durchschnittshöhe der Bestechungssumme für jeden aufgedeckten Korruptionsfall betrug 7.300 Zloty, was etwa fünf durchschnittlichen Monatsgehältern in der Verwaltung entspricht.

Die kleinste Bestechungssumme betrug nur 40 Zloty und wurde von einem Fahrkartenkontrolleur in der Eisenbahn angenommen, die größte betrug aber ca. 150.000 Zloty, und wurde einem Beamten von der "privaten Initiative" bezahlt.

94 % der wegen passiver Bestechung verurteilten Beamten sind Männer, was sich dadurch erklärt, daß sie unter den Verwaltungsangestellten überwiegen. 92 % der Bestochenen sind verheiratet, 55 % stehen im Alter von 30-40 Jahren. 30 % der korrupten Beamten bekleideten leitende Posten in der Verwaltung.

Außer ihnen gab es unter den Verurteilten 12 % Inspektoren, 9 % Sachbearbeiter, 6 % Hauptbuchhalter, 5 % Magazinleiter usw.

32 % gehörten zu den Kleinverdienern. zwischen 1500-2000 Zloty pro Monat. 24 % verdienten 2000-2500 Zloty, 20 % 2500-3000 Zloty, 7 % über 3000 Zloty. Die ganz armen Schlucker (1000-1500 Zloty) machten 17 % aus. Mindestens die Hälfte der Verurteilten müsste man also die wirtschaftliche Not als Motiv ihrer Strafe zubilligen. Für Väter von großen Familien sind aber auch 3000 Zloty pro Monat ein Hungergeld.

Nur 10 % der Bestochenen war schon einmal vorbestraft, meistens wegen ganz anderer Delikte.

3) Aktivierung der Arbeiterselbstverwaltung

Unvermindert stark wird die Kampagne um die Aktivierung der Arbeiterselbstverwaltung in Polen geführt. Die in den letzten vier Jahren fast zum Stillstand gekommene Arbeit dieser Selbstverwaltung soll jetzt belebt werden. Leitende Männer der Partei und der Regierung nahmen in den letzten Wochen an den Sitzungen verschiedener Arbeiterräte teil, zu ihnen gehörten zwei der nach GOMULKA mächtigsten Politiker in Polen: Zenon KLISZKO und Józef CYRANKIEWICZ.

Am 22. März erschien in der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" ein Artikel, in welchem die Parteiorganisationen in den Betrieben getadelt werden, weil sie die Arbeiterselbstverwaltung einfach übergehen.

"Unverständlich und unbegründet", schreibt das Blatt, "ist die allgemein hervortretende Tendenz der Betriebskomitees und ihrer Exekutiven, die Kompetenzen der Selbstverwaltungsorgane mit zu übernehmen. Es beweist, daß man die Meinung der einfachen Parteimitglieder und Parteilosen, die im ... Arbeiterrat sitzen... übergeht."

"Die Gründung der Arbeiterselbstverwaltung schuf günstige Voraussetzungen für die Entwicklung der schöpferischen Initiative aller beruflichen und sozialen Gruppen. Unabdingbar dabei ist aber, daß sie in ihren Betrieben mitbestimmen. Jedoch wurden diese Möglichkeiten infolge mangelnder politischer Arbeit... nicht ausgenützt."

Die Verantwortung der Parteiorganisationen dafür ist umso schwerwiegender, da die Parteimitglieder die entscheidende Mehrheit (im Durchschnitt 60 bis 70 %) unter den Mitgliedern der Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung ausmachen..."

Mit anderen Worten, die Partei besitzt ausreichende Möglichkeiten, die Arbeit der Arbeiterselbstverwaltung zu kontrollieren, sie braucht sie also nicht zu ersetzen.

Die Probleme der Arbeiterselbstverwaltung wurden auch ein Hauptthema bei den Beratungen des Zentralkomitees des Sozialistischen Jugendverbandes, die am 20. März in Warschau stattfanden. Die Arbeiterjugend soll zur Arbeit in den Selbstverwaltungsorganen stärker herangezogen werden. Auf diese Weise könne man die jungen Menschen am besten dazu erziehen die Mitverantwortung für ihre Arbeitsstätte zu empfinden und zu tragen. (Sh. auch im Februarbericht 1962: "Mehr Macht für Arbeiterräte").

4) Intensivierung der geologischen Forschungen

Der Ministerrat der Volksrepublik Polen beschloß, 2,5 Milliarden Zloty zusätzlich für Intensivierungen in der geologischen Forschung beizutragen. Das ist eine für polnische Verhältnisse große Summe. Daraus wird erklärlich, welche Bedeutung man diesen Untersuchungen in Warschau beimißt.

Die bisherigen Erfolge der polnischen Geologen rechtfertigten vollständig die großzügige Entscheidung bei der Bereitstellung von Mitteln. Obwohl das jetzige Gebiet Polens schon vor dem Kriege in geologischer Hinsicht als relativ gut erforscht galt, erlebte man nach dem Kriege einige Überraschungen. Es stellte sich heraus, daß dort, wo man nur kleine Mengen von bestimmten Bodenschätzen annahm, tatsächlich Vorkommen von erheblichem Umfang lagerten. Die im südlichen Weichselbogen entdeckten Schwefellager gehören zu den größten nicht nur in Europa, sondern sogar in der Welt. Ähnlich angenehme Überraschungen erlebte man bei Braunkohle und Kupfererz. Nach langen Untersuchungen entdeckte man in den Niederungen auch erste Spuren von Erdöl, das bisher nur in kleinen Mengen im Vorgebirge gefördert wurde.

Die Überraschungen der Geologen waren nicht immer angenehmer Natur. Im Bezirk Posen baute man beispielsweise eine Steinsalzgrube aus, in der man hauptsächlich Kalisalze fördern wollte. Die Landwirtschaft Polens braucht diesen Kunstdünger dringend; reiche Lager befinden sich im Gebiet von Lemberg und kommen jetzt der sowjetischen Landwirtschaft zugute. Der Hauptlieferant für Kalisalze für Polen ist heute die Sowjetzone. Die Hoffnung auf Devisenersparnisse durch die Ankurbelung eigener Produktion erwies sich als trügerisch. In dem Gebiet von Klodawa (Posen) gewinnt man heute fast ausschliesslich Kochsalz.

Eine andere Überraschung erlebten die polnischen Wirtschaftsplaner im Jahre 1951. Der östliche Teil des heutigen polnischen Territoriums ist an wertvollen Rohstoffen arm. Es mußte also eine freudige Stimmung geherrscht haben, als man im östlichsten Winkel der Wojewodschaft Lublin, also an der BUG-Grenze, relativ reiche Vorkommen von Steinkohle feststellte (im Gebiet von Sokal). Diese Kohlelager bilden die Verlängerung der Vorkommen, die östlich der Bug-Grenze von den Sowjets ausgebeutet werden sollten. Die Freude war aber von kurzer Dauer. Bald konnte man in der Presse von einem für Polen "vorteilhaften" Gebietsumtausch lesen. 750 Quadratkilometer am Bug mußten an die Sowjets abgetreten werden, dafür bekam Polen ein gleich großes Gebiet etwas südlicher, am San. Auf dem Gebiet befinden sich ein paar unbedeutende Erdölgruben.

Eine Übersiedlung der Bevölkerung brauchte man nicht vorzunehmen, weil man nach dem Kriege auf sowjetischen Befehl beiderseitig der Grenze einen viele Kilometer breiten Streifen schuf, aus dem alle Einwohner ausgesiedelt wurden...